

Politik und Wirtschaft unterrichten

WOCHENSCHAU

67. Jahrgang Sonderausgabe August 2016 Sek. I+II



POLITIK- UNTERRICHT



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**



Die Herausgeber
Peter Massing, Tessa Debus,
Sabine Achour und Bernward Debus

Liebe Leserinnen und Leser,
was haben Salafisten im Klassenzimmer, kollegiales Coaching oder bilingualer Politikunterricht gemeinsam? Alle diese Themen beschäftigen Sie als Politiklehrer und Politiklehrerin – manche davon mehr, manche weniger. Wir haben alle symbolisch in eine Tasche gepackt.

Herausgekommen ist eine Sonderausgabe 2016, die einen Tour d'Horizon durch den aktuellen Politikunterricht in Deutschland macht. Dabei werden gleichermaßen Themen angesprochen, die brennen oder die nicht zwingend in jeder Schulform und Klasse vorkommen, wie z. B. der bilinguale Politikunterricht. Aber auch die großen Linien, wie das Fach und Thema Wirtschaft im Unterricht werden reflektiert.

Die Beiträge, die politikdidaktische Anregungen und Trends aufzeigen, sind wissenschaftlich fundiert ohne dabei nur die routinierten Lehrerinnen und Lehrer im Blick zu haben. Auch in der Ausbildung oder als fachfremd Unterrichtende erhalten Sie mit dieser Ausgabe Ihre ganz persönliche Fortbildung.

Wir hoffen, Sie finden für Ihren Unterricht gute Anregungen inhaltlicher sowie didaktischer Art und wünschen Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Sabine Achour Tessa Debus
Peter Massing Bernward Debus



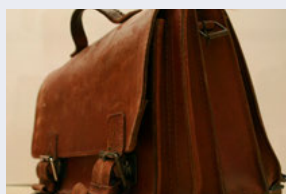
Politikunterricht



Prof. Dr. Sabine Achour



Prof. Dr. Peter Massing



Peter Massing

Was heißt „guter“ Politikunterricht? 4

Eine Einführung in das Thema

Was kennzeichnet einen „guten“ Politikunterricht in unserem Verständnis? • Die Gestaltung „guten“ Politikunterrichts • Zu den Beiträgen



Sabine Achour

Kollegiales Coaching in der Schule? 10

Ko-konstruktive Unterrichtsplanung im Kollegium, Studium und Referendariat

Unterrichtskoaching nach Annelies Kreis und Fritz C. Staub • Ablauf einer Coachingsequenz • Inhaltliche Struktur des Coachings • Gesprächshandeln des Coaches



Katharina Studtmann

Inklusion und Urteilsbildung im Politikunterricht 18

Eine exemplarische Unterrichtssequenz zum Thema „Hassparolen im Internet“

Die Auswahl und Legitimation von Lerninhalten • Die Vermittlung von Lerninhalten • Die Medien- und Materialauswahl • Die Verknüpfung mit Methoden

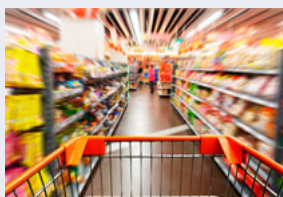


Jochen Müller

Salafisten im Klassenzimmer? 28

Hinweise zum Umgang mit religionsbezogenen Konflikten in der Schule

Die 9/11 Generation • „Wahre Bedürfnisse“ und Salafismus als Chance • Klima der Anerkennung • Ein Rezept für alle Fälle

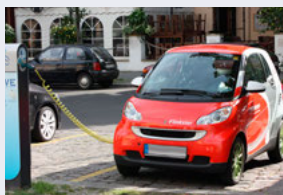


Birgit Weber

Wirtschaft unterrichten mit oder ohne Politik? 36

Das Für und Wider eines eigenständigen Faches „Ökonomische Bildung“

„Mehr Wirtschaft in die Schule?“ • Im Spannungsfeld der Interessen • Die curriculare Gegenwart • Wirtschaft mit oder ohne Politik – was konstituiert ökonomische Bildung? • Nicht ohne Politik und Gesellschaft – aber auch nicht von Politik dominiert



Katharina Röhl-Berge

(Wie) Lässt sich Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Politikunterricht integrieren? 44

Ein unterrichtspraktisches Beispiel

Nachhaltiger Politikunterricht – ein Missverständnis • Schnittmengen und Divergenzen von BNE und Politikdidaktik • BNE politisch kontrovers aufbereiten: Ein Praxisbeispiel • Das Thema Nachhaltigkeit – mehr als „Öko“-Bildung



Meike Berg/Christina Brüning

Bilingualer Politikunterricht und Rassismuskritik 50

Ein Beitrag über die Vorteile des Content and Language Integrated Learning für das politische Lernen

Integration von Inhalt und Sprache • Rassismuskritischer Politikunterricht • Praxisbeispiel: Eine Unterrichtsreihe zur Flüchtlingspolitik



Birgit Wenzel

Das Fach Gesellschaftswissenschaften 58

Ein Gewinn für die Politische Bildung?

Zur Situation der Politischen Bildung in der Bundesrepublik • Das neue Fach Gesellschaftswissenschaften 5/6 löst Kontroversen aus • Zum Mehrwert eines integrativen Ansatzes • Ein Beispiel für ein zeitgemäßes Konzept • Die Unterrichtsplanung • Herausforderungen für das Fach • Die Vorteile des integrativen Faches im Überblick



Henrik Flor

Politikunterricht in der Mediengesellschaft 66

Phänomene – Chancen – Herausforderungen

Medienwandel – eine Definition • Neue Kanäle und andere Nutzung • Herausforderungen durch den Medienwandel für den Politikunterricht

WOCHENSCHAU-THEMENHEFTE IM ÜBERBLICK

POLITISCHES SYSTEM DER BRD

■ ■	Das Parteiensystem	2315
■ ■ ■ ■	Demokratie und politische Beteiligung	1314
■ ■ ■	Föderalismus	2214
■	Pluralismus	2114
■ ■ ■ ■	Das politische System der BRD	24513
■ ■	Der Deutsche Bundestag	2313
■	Wahlen (Sek. I)	1113
■	Wahlen (Sek. II)	2113

EU

■ ■ ■	EU	1215
■ ■	Die Zukunft der EU	2115
■ ■ ■ ■	EU I: Institutionen und Politik	2613
■ ■ ■	EU II: Wirtschaft und Soziales	2411

WIRTSCHAFT

■ ■	Werbung und Konsum	1616
■ ■ ■ ■	Wirtschaftspolitik	22316
■ ■ ■ ■	Wirtschaft	14513
■ ■	Geld – Problem oder Lösung?	1112
■ ■ ■ ■	Konsum und Produktion	15611
■ ■	Verteilung: Einkommen und Vermögen	2111

SICHERHEITSPOLITIK

■ ■ ■	Die Bundeswehr	1516
■ ■ ■ ■	Internationale Politik I: Sicherheit und Frieden	14514
■ ■ ■ ■	Sicherheitspolitik	2312
■ ■	Afghanistan	2311
■ ■	Was kann die UNO?	1410

GLOBALE PROBLEME/GLOBALISIERUNG

■ ■ ■	„Islamischer Staat“	2416
■ ■ ■ ■	Internationale Politik II: Globalisierung	14515
■ ■ ■ ■	Globalisierung – Internationale Wirtschaftsbeziehungen	2614
■ ■ ■	Terrorismus	2213
■ ■	Menschenrechte	1211

DEMOKRATIE

■ ■ ■	Was ist Politik?	1416
■ ■	Präsidentielle Demokratie	2116
■ ■ ■ ■	Politische Theorie	24515
■	Demokratie in der Schule	1114
■ ■	Demokratie in der Gemeinde	1412
■	Freiwilligendienst für alle?	2112

RECHT IN GESELLSCHAFT UND STAAT

■ ■ ■	Datenschutz	1315
■ ■ ■ ■	Recht in Gesellschaft und Staat	1614
■ ■ ■	Freiheit und Gleichheit	2314

UMWELT

■ ■	Energiepolitik	2616
■ ■	Nachhaltigkeit	1615
■ ■ ■ ■	Ökologie und Ökonomie	2215
■ ■	Umwelt	1111

INTEGRATION UND INKLUSION

■ ■ ■	Islam ≠ Islamismus	1116
■ ■ ■	Inklusion	1613
■ ■ ■	Integration	2212

RECHTSEXTREMISMUS

■ ■ ■	Rechtsextremismus	1213
-------	-------------------	------

ARBEITSMARKT/ARBEITSWELT

■ ■ ■	Der Betrieb – ein Leitfaden zum Praktikum	12316
■	Arbeitsmarkt in der Krise	1310

SOZIALSTAAT

■ ■ ■	Sozialstruktur	2615
■ ■	Sozialpolitik	1115
■ ■ ■ ■	Sozialstaat	15612

MEDIEN UND POLITIK

■ ■ ■	Medien und Politik	24514
■ ■ ■ ■	Medien	1313
■ ■ ■	Internet und Politik	2412

ALTER, GESELLSCHAFT, FAMILIE

■ ■ ■ ■	Gesellschaft	2516
■ ■	Sozialisation	1214
■ ■ ■ ■	Jugend – Familie – Gesellschaft	1212

BILINGUALE THEMENHEFTE

■	The US Presidential Elections	2416s
■	Migration, Mobility and Employment in the EU	1215s

SONDERAUSGABEN

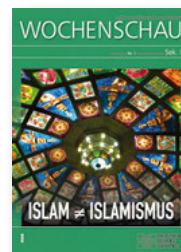
■ ■ ■ ■ ■	Politikunterricht	16s
■ ■ ■ ■ ■	Heterogenität	15s
■ ■ ■ ■ ■	Demokratiepädagogik	14s
■ ■ ■ ■ ■	Soziales Lernen	13s
■ ■ ■ ■ ■	Ökonomische Grundbegriffe	12s
■ ■ ■ ■ ■	Das Betriebspraktikum	11s
■ ■ ■ ■ ■	Kompetenzen im Politikunterricht	10s

TESTABO

Sie erhalten 50 % Rabatt auf das erste Abo-Jahr

Jetzt Testabo anfordern:

www.wochenschau-online.de



IHRE VORTEILE ALS ABONNENT

■ Günstiger Preis:

Sie sparen dauerhaft rund 20 % gegenüber dem Einzelheftbezug.

■ Günstige Nachbestellung

Sie können alle Hefte zum günstigen Sonderpreis nachbestellen. Ihr Preisvorteil beträgt ca. 15 %.

■ Kostenloses Onlinematerial

Sie erhalten exklusiven Zugang zu ergänzenden Materialien zu Ihren Heften auf www.wochenschau-online.de.

■ Klassensatzgutschein

Die WOCHENSCHAU-Schülerhefte gibt es ab 10 gleichen Heften zum günstigen Klassensatzpreis. Auf Ihre erste Klassensatzbestellung erhalten Sie noch einmal zusätzlich 50 % Rabatt.

■ Sonderkonditionen in der Ausbildung

Studierende und Referendare erhalten die WOCHENSCHAU während der gesamten Dauer der Ausbildung zur Hälfte des regulären Abopreises.

WOCHENSCHAU-Vertrauensgarantie

Wenn Sie die WOCHENSCHAU nach dem Ende des Testabos weiter lesen möchten, brauchen Sie nichts weiter zu tun und erhalten alle Vorteile des WOCHENSCHAU-Abonnements zum günstigen Abopreis (s. Preisliste vom 01.01.2016). Wenn Sie die WOCHENSCHAU nicht weiter beziehen möchten, reicht eine formlose schriftliche Nachricht innerhalb von 14 Tagen nach dem Erhalt des letzten Testexemplars.

* Einmaliges Angebot, nur für Lehrende, Referendare und Lehramtsstudierende – nicht für gegenwärtige oder ehemalige Abonnenten der WOCHENSCHAU.

Peter Massing



Prof. Dr. Peter Massing
 Professor für
 Politikdidaktik und
 Politische Bildung am
 Otto-Suhr-Institut
 der Freien Universität
 Berlin

Was heißt „guter“ Politikunterricht? – eine Einführung in das Thema

Weder in der universitären Politikdidaktik noch in der Unterrichtspraxis findet sich Übereinstimmung darüber, was einen „guten“ Politikunterricht kennzeichnet. Liest man die Interviews, die Kerstin Pohl in den letzten Jahren mit Politikdidaktikerinnen und Politikdidaktikern geführt hat, dann unterscheiden sich deren Verständnis von gutem Politikunterricht sowohl in den Zielen als auch in der Gestaltung des Unterrichts. Ohne hier auf die Aspekte im Einzelnen eingehen zu können und trotz aller Unterschiede, wird jedoch deutlich, dass weder Politikdidaktiker/-innen noch Politiklehrer/-innen ohne eine Vorstellung von „gutem“ Politikunterricht auskommen.

Erst auf dieser Folie ist es möglich, die eigene Unterrichtspraxis zu reflektieren oder in Ausbildungssituationen Politikunterricht zu analysieren, zu kritisieren, Anregungen und Hilfen zu geben, Alternativen zu entwickeln oder aber Politikunterricht zu bewerten. Voraussetzungen dafür, dass diese Aufgaben mit einem Mindestmaß an Rationalität erfüllt werden können, sind transparente Maßstäbe, die für einen „guten“ Politikunterricht gelten sollen und diskutierbar bleiben. Die Vorstellung von „gutem“ Politikunterricht ist nach diesem Verständnis ein normativ-idealtypisches Konzept, das zwar kritisierbar ist, es aber auch erlaubt, die eigene Position immer wieder neu zu überprüfen und gegebenenfalls zu modifizieren.

Was kennzeichnet einen „guten“ Politikunterricht in unserem Verständnis?

Dazu ist es zunächst notwendig zu klären, was die zentralen Ziele bzw. Aufgaben des Politikunterrichts sind. Genau jedoch wie bei der Frage nach „gutem“ Politikunterricht finden sich auch hier unterschiedliche Vorstellungen. Jenseits aller Konflikte im Einzelnen lässt sich bei den grundlegenden Zielen des Politikunterrichts in Theorie und Praxis ein Minimalkonsens erkennen. Weder in Wissenschaft noch in der Praxis wird prinzipiell in Frage gestellt, dass zu seinen wichtigen Aufgaben gehört:

- Interesse an Politik zu wecken;
- Schülerinnen und Schüler mit einem Minimum an Instrumenten und Kompetenzen auszustatten, die sie zur selbstständigen Analyse und Beurteilung politischer Probleme, Konflikte oder Sachfragen befähigt;
- sie zur politischen Beteiligung zu ermutigen und ihnen dazu entsprechende Handlungskompetenzen zu vermitteln und
- sie zu veranlassen, sich mit den Werten zu identifizieren, die nach allen Erfahrungen unverzichtbare Grundlagen menschenwürdigen Zusammenlebens sind.

Neben den Zielen prägt auch die fachdidaktische und methodische Gestaltung einen „guten“ Politikunterricht. So gehen wir hier von der These aus, dass ein solcher Politikunterricht folgende Grundgedanken ausdrücklich berücksichtigt und sich an den entsprechenden politikdidaktischen Prinzipien orientiert: an den Gedanken des exemplarischen Lernens, der Idee eines problem- bzw. konfliktorientierten Unterrichts und am Prinzip der Handlungsorientierung.

Im Folgenden werden die Ziele und die Gestaltungsprinzipien eines „guten“ Politikunterrichts näher ausgeführt:

Interesse an Politik und seine Bedeutung

An der Aufgabe von „gutem“ Politikunterricht, bei Schülerinnen und Schülern u. a. Interesse an Politik zu wecken, scheint es keine Zweifel zu geben. Politisches Interesse als ein relativ dauerhaftes persönliches Merkmal, das sich in der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Politik und in seiner Wertschätzung zeigt, ist ein wichtiger Teil von Motivation. Politisches Interesse führt häufig zu einer größeren politischen Handlungsbereitschaft und ist eine Voraussetzung für tatsächlich politisches Handeln. Das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Politik gilt darüber hinaus als eine Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme, auch wenn es in der Politikwissenschaft keine Übereinstimmung über das in Demokratien erforderliche Ausmaß von

politischem Interesse gibt. Politisches Interesse bedeutet zum einen Aufmerksamkeit bzw. Neugier gegenüber politischen Objekten und Ereignissen, zum anderen gehört dazu die Einstellung, dass Politik im Vergleich zu anderen Lebensbereichen von persönlicher Bedeutung ist. Obwohl politisches Interesse kein stabiles Persönlichkeitsmerkmal ist und sowohl mit biografischen Entwicklungsphasen als auch mit aktuellen politischen Ereignissen variieren kann, bildet es sowohl eine zentrale Voraussetzung für den Erwerb subjektiver politischer Kompetenzen (z. B. Urteils- und Handlungskompetenz) als auch für den Erwerb von systematischen Kenntnissen und Wissen über politische Phänomene sowie für Handlungsbereitschaft und konkretes politisches Handeln.



„Guter“ Politikunterricht kann das Interesse der Schülerinnen und Schüler an Politik u. a. durch bedeutsame Aufgabenstellungen (z. B. Politik als Gestaltungsaufgabe) fördern. Hilfreich ist es in diesem Zusammenhang auch, die Inhalte des Politikunterrichts in Kontexte einzubetten, die die Jugendlichen besonders interessieren (z. B. aktuelle und kontroverse Themen). Setzt der Unterricht an den Lebensverhältnissen der Schülerinnen und Schüler an und macht deutlich, wie Politik das Leben jedes Einzelnen beeinflusst, hat er positive Wirkungen auf das politische Interesse der Lernenden. Denn so wird Verständnis für die Bedeutsamkeit von Politik entwickelt. Auch ein Politikunterricht in dessen Mittelpunkt Fallanalyse, Problem- bzw. Konfliktorientierung und Aktualität stehen, besitzt die Chance, Interesse an Politik zu wecken.

Politikwissenschaftliche Analysemodelle für den Unterricht

Fragt man nach domänenspezifischen Analysemodellen für den Politikunterricht, sind es im Augenblick hauptsächlich zwei Modelle, die diskutiert werden: Die drei Dimensionen des Politischen und der Politikzyklus. Ihre regelmäßige Verwendung im Politikunter-

richt kann die Analysekompetenz der Lernenden fördern.

Die drei Dimensionen des Politischen als Analysemodell

Im Modell der drei Dimensionen des Politischen vollzieht sich Politik in den Dimensionen Polity, Policy und Politics. Die Polity-Dimension meint den Ordnungsrahmen, der die Bedingungen politischen Handelns angibt. Auf der nationalen Ebene sind dies die Verfassung sowie das Institutionen- und Rechtssystem, auf internationaler Ebene sind es zwischenstaatliche Abkommen, die Normen des Völkerrechts usw. Zur Polity-Dimension gehört auch die politische Kultur eines Landes, d. h. die jeweils geltenden politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster und die politisch bedeutsamen Wertüberzeugungen und Einstellungen. Sie alle eröffnen oder verschließen politische Handlungsmöglichkeiten.

Die Policy-Dimension bezieht sich in erster Linie auf politische Probleme und politische Handlungsprogramme, die diese lösen sollen.

Der Prozess der Willensbildung und Entscheidung wird durch die Dimension Politics erfasst. Dabei bringen verschiedene politische Akteure ihre Interessen ins Spiel, berufen sich auf Legitimationsgründe und versuchen durch Konflikte, Konsens- und Kompromissbildung, durch Mehrheiten sowie mithilfe von Macht ihre Positionen durchzusetzen.

Dieses Modell soll zweierlei leisten: Inhaltlich führt es zum Kern des Politischen. Alle drei Dimensionen – Polity, Policy und Politics – machen zusammen das aus, was als Politik bezeichnet werden kann. Als methodisch-analytisches Instrumentarium helfen sie, komplexe politische Probleme und Sachverhalte strukturiert zu erarbeiten.

Der Politikzyklus als Analysemodell

Das Modell des Politikzyklus beschreibt Politik als eine prinzipiell endlose Kette von Versuchen der Bearbeitung von gesellschaftlichen Gegenwarts- und Zukunftsproblemen. Analytisch lässt sich dieser Prozess in einzelne Phasen (Sequenzen) aufteilen: Problem, Auseinandersetzung, Entscheidung, Reaktionen sowie Weiterführung, Veränderung oder Beendigung des Problems. Auf diesen Prozess wirken eine Reihe von Faktoren ein, die in enger Verbindung zu den drei Dimensionen stehen. Materielle (Policy) politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse gestalten sich immer im Rahmen von Konflikt- und Konsensbildungsprozessen, innerhalb konkreter politischer Kräftefelder (Politics) auf der Basis formaler

institutioneller Ordnungen und struktureller Bedingungen (Polity). Dieses Modell des Politikzyklus eignet sich vor allem zur Analyse von politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Konzeptuelles Fachwissen

Beide Analysemodelle können helfen, sich selbstständig komplexe politische Probleme, Kontroversen oder Entscheidungsprozesse zu erschließen. Daraus entsteht Fachwissen. Auch wenn die Politikdidaktik sich gelegentlich schwer damit tut, dieses im Politikunterricht zu erwerbende Wissen zu beschreiben, zu definieren oder gar festzulegen, ist unstrittig, dass es auch Aufgabe von Politikunterricht ist Grundwissen zu vermitteln. Dabei geht es nicht allein um Faktenwissen, sondern in erster Linie um konzeptuelles Wissen. Darunter wird jenes Wissen verstanden, das Schülerinnen und Schülern den Sinngehalt und die innere Logik von politischen Institutionen, Ordnungsmodellen und sozialwissenschaftlichen Denkweisen erschließt, einschließlich der damit verbundenen Kontroversen. So ist es z. B. weniger wichtig zu wissen, wie viele Mitglieder der Bundestag hat, als zu verstehen was der Sinn eines Parlaments in einer repräsentativen Demokratie ist.

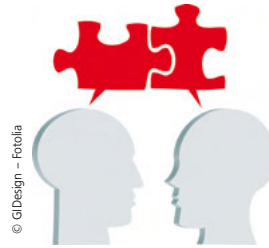
Politische Urteilskompetenz

Die Fähigkeit politische Probleme, Konflikte oder Sachverhalte zu analysieren, führt nicht nur zu politischem Wissen, sondern ist zudem die Voraussetzung von politischer Urteilskompetenz. Auch die Aufgabe des Politikunterrichts politische Urteilsfähigkeit zu fördern, wird prinzipiell nicht in Frage gestellt. Unter einem politischen Urteil lässt sich die wertende Stellungnahme eines Individuums über einen politischen Akteur oder einen politischen Sachverhalt verstehen, wobei zur Begründung des Urteils u. a. die Kategorien Effizienz und Legitimität herangezogen werden. Während Effizienz sich auf die Leistungsfähigkeit der Politik bezieht, stützt sich Legitimität auf Grundwerte und konstitutionelle Verfahren sowie auf die Anerkennung durch den Bürger/die Bürgerin. Beide Aspekte müssen bei der Begründung eines politischen Urteils berücksichtigt werden, das wiederum die Voraussetzung für politisches Handeln ist.

Handlungsbereitschaft und Handlungskompetenz

Um politisches Handeln in seiner Komplexität erfassen zu können, ist es hilfreich, zwischen kommunikativem politischem Handeln und partizipativem politischem Handeln zu unterscheiden. Kommunikative

und partizipative politische Handlungsfähigkeit sind komplexe Kompetenzen die, um sie durch politische Bildung zu fördern, in Kompetenzfacetten differenziert und konkretisiert werden müssen. Solche Kompetenzfacetten sind: Artikulieren, Argumentieren,



© GfDesign - Fotolia

Verhandeln und Entscheiden. Artikulieren bezieht sich auf eigene politische Positionen, die öffentlich gemacht werden. Argumentieren hat die Intentionen, einen oder mehrere Andere von einer Position

zu überzeugen. Verhandeln orientiert sich an Ergebnissen mit der Absicht durch den Einsatz unterschiedlicher Mittel und Strategien einen oder mehrere Andere dazu zu bewegen, die eigene Position/Ziele (oder zumindest wichtige Teile davon) zu akzeptieren. Entscheiden hat den Zweck, zu einem Ergebnis zu gelangen, in dem zwischen Alternativen oder Varianten von Zielen, Gestaltungs- und Handlungsoptionen gewählt wird. Jede dieser vier Kompetenzfacetten ist für die kommunikative und die partizipative Handlungskompetenz von Bedeutung, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung. Die Kompetenzfacette Argumentieren nimmt eine hervorgehobene Stellung ein. Sie steht im Zentrum des kommunikativen politischen Handelns und schlägt gleichzeitig als wichtiger Teil von Verhandeln und Entscheiden eine Brücke zum partizipativen politischen Handeln. Kommunikatives politisches Handeln, d. h. der persönliche Austausch über Politik im sozialen Umfeld (Gespräche über Politik führen, seine politische Meinung sagen, andere von seiner politischen Meinung überzeugen wollen, usw.) lassen sich im Politikunterricht fördern. Inwieweit allerdings die Teilnahme an kommunikativem interpersonalem Handeln positive Auswirkungen auf partizipatives Handeln hat, ist empirisch nicht eindeutig belegt. Insgesamt ist die Einübung politisch partizipativen Handelns in der Schule und im Unterricht allerdings nur begrenzt möglich.

Wertorientierung im Politikunterricht

Die Frage, inwieweit „guter“ Politikunterricht sich auf Werte bezieht, wird in der Politikdidaktik und in der politischen Bildung kontrovers diskutiert. Die Aufgabe des Politikunterrichts die Fähigkeit zu entwickeln, in Bezug auf Gesellschaft, Demokratie und Politik ethische, moralische, ästhetische und zweckrationale Einstellungen, Überzeugungen und Werte zu entwickeln und zu vertreten, wird jedoch kaum in Zweifel gezogen.

Die Gestaltung „guten“ Politikunterrichts

Exemplarisches Lernen

Exemplarischer Politikunterricht wendet sich gegen eine „enzyklopädische“ oder „abbilddidaktische“ Behandlung von Unterrichtsgegenständen. Diese sind wenig geeignet, um politische Lernprozesse in Gang zu setzen. Exemplarisch heißt dagegen, das Verallgemeinerbare, das Prinzipielle am politischen Gegenstand herauszuarbeiten.

Problemorientierung und Kontroversität

Exemplarisches Lernen gelingt dann leichter, wenn im Zentrum des Politikunterrichts politische Probleme oder politische Kontroversen stehen, die einer Vielzahl der Gesellschaftsmitglieder als dringend lösungsbedürftig erscheinen und die zum Inhalt eines politisch-administrativen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses geworden sind.

Handlungsorientierung

Das Konzept der Handlungsorientierung im Politikunterricht geht von der Grundüberlegung aus, dass dieser Unterricht mehr will als die rein kognitive Verfügbarkeit von Sach- und Fachwissen. Er schließt die Handlungsdimension unter einem Innen- und einem Außenaspekt ein: Die Lernenden sind aktiv am Unterrichtsgeschehen beteiligt und gestalten den Unterricht mit. Dabei erlernen und üben sie die dafür notwendigen analytischen, problemlösenden, sozialen und kommunikativen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Außerdem erwerben die Schülerinnen und Schüler über handlungsorientierte Methoden, durch „Probehandeln“ Fähigkeiten und Kompetenzen, die ihnen späteres Handeln in Gesellschaft und Politik erleichtern.

Diese allgemeinen Merkmale eines „guten“ Politikunterrichts gelten auch für die Beiträge in diesem Sonderheft. Im Zentrum stehen dabei aktuelle Herausforderungen, denen sich Politikunterricht stellen muss.

Zu den Beiträgen

Kollegiales Coaching in der Schule

Der Aspekt der Aktualität ist ein wichtiges Merkmal von „gutem“ Politikunterricht. Daraus ergibt sich aber für Lehrerinnen und Lehrer eine Reihe von Anforderungen, die sich ihren Kolleg/-innen in anderen Fächern in dieser Form nicht stellen. Immer wieder verlangt die Planung eines „guten“ Politikunterrichts von ihnen viel Einarbeitungszeit und Kreativität. Sabine Achour zeigt in ihrem Beitrag, welche Hilfen und Entlastungen gegenseitiges Coaching im Kollegium den Lehrkräften bringen kann und wie ein solches Vorgehen zur Professionalisierung und zu einem besseren Unterricht führt.

Inklusion und Urteilsbildung im Politikunterricht

Katharina Studtmann stellt die Frage, wie inklusiver Politikunterricht gelingen kann. Der Fokus liegt dabei auf der Fähigkeit zur politischen Urteilsbildung. Insgesamt kommt sie zu dem Ergebnis, dass sich erfolgreicher inklusiver Politikunterricht ebenfalls an den in der Einleitung genannten Merkmalen eines „guten“ Politikunterrichts orientieren muss.

Salafisten im Klassenzimmer?

Jochen Müller setzt sich damit auseinander, welche Möglichkeiten Lehrkräfte haben, zur Prävention religiös begründeter Radikalisierungen, die zu einer Abwertung von Anderen und zu einer Abgrenzung von der Gesellschaft führen, beizutragen.

Wirtschaft unterrichten mit oder ohne Politik?

Birgit Weber diskutiert kritisch die Forderung nach einer ökonomischen Bildung als einem eigenständigen Unterrichtsfach. Sie vertritt die Position, dass die Abgrenzung eines ökonomischen Faches, losgelöst aus gesellschaftlichen Zusammenhängen, sich aus keiner einzigen fachdidaktisch konzeptionellen Perspektive vertreten lässt. Sie schlägt dagegen ein

